



Arbeitnehmer-Mobilität Bulgarien und Rumänien

Das Plenum hat die Mitgliedstaaten aufgefordert, die bestehenden Übergangsbeschränkungen für Arbeitnehmer aus Bulgarien und Rumänien vorzeitig aufzuheben. Ferber kritisierte diese Entscheidung und lehnt eine frühzeitige Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus Bulgarien und Rumänien ab: "Die europäische Bevölkerung hat noch kein Verständnis dafür, wenn wir jetzt schon die Schranken für die Arbeitnehmer aus den beiden Staaten öffnen. Außerdem sind die Auswirkungen der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit noch nicht abzuschätzen. Die Übergangsfrist muss bis 2013 voll ausgeschöpft werden."

Vereinfachung der Haushaltsordnung

Von dem Votum des Parlaments für eine Vereinfachung der EU-Haushaltsordnung, die die Regel festlegt, nach denen Gelder aus dem EU-Haushalt ausgezahlt werden, werden besonders die Empfänger von EU-Fördergeldern profitieren. "Mehr Transparenz, einfache Regelungen und schnellere Auszahlung der Gelder", so fasste Ferber die Vereinfachung der Haushaltsregeln zusammen.

Woche der Gipfeltreffen

Kurz vor dem zweiten Euro-Gipfel zur Schuldenkrise in dieser Woche begrüßte Ferber die Reformpläne zur Stärkung des Rettungsfonds EFSF. Den bisherigen Plänen zufolge sollen die EFSF-Mittel mit zwei Instrumenten gehebelt werden, damit effektiv mehr Geld zur Stützung von Eurostaaten zur Verfügung steht, ohne dass die Haftungsrisiken steigen: Das erste Modell beschreibt eine Teilabsicherung von neu ausgegebenen Staatsanleihen durch den Rettungsfonds. Damit sollen Anleihen für private Käufer attraktiver werden. Das zweite Modell beschreibt ein Verfahren, mit dem öffentliche und private Gelder in und außerhalb der Euro-Zone angezogen werden sollen, um die Schlagkraft des EFSF auf dem Primär- und dem Sekundärmarkt für Staatsanleihen zu erhöhen. Dazu sollen eine oder mehrere Zweckgesellschaften gegründet werden, die in Staatsanleihen investieren. "Die Option, auch Drittstaaten Investitionsmöglichkeiten im Rahmen des EFSF zu ermöglichen, ist eine gute Idee. Sie kann die europäischen Steuerzahler entlasten und gleichermaßen eine interessante Anlageform für devisenstarke Drittstaaten wie China schaffen, die verstärkt im Euro-Raum anlegen wollen", so Ferber.

Entlastung verweigert

Wegen der fortdauernden hartnäckigen Weigerung des Rates, seinen Haushalt offenzulegen, hat das Parlament die Entlastung des Haushalts des Ministerrats für 2009 verweigert. "In Zeiten der Finanzkrise propagieren wir immer Transparenz. Als Haushaltskontrolleur hat hier das Parlament ein Zeichen gesetzt. Wenn nicht nachvollziehbar ist, welche Ausgaben der Rat 2009 hatte, dann können wir als Parlament einer Entlastung nicht zustimmen", so der schwäbische Abgeordnete.

Abkommen mit Australien zu Fluggastdaten

Das Parlament stimmte diese Plenarwoche über das neue Fluggastabkommen zwischen der EU und Australien ab. "Damit kann das Abkommen, das deutliche Verbesserungen gegenüber der ersten Fassung aufzeigt, das im April diesen Jahres vom Parlament noch abgelehnt wurde, bald in Kraft treten", so Ferber. Künftig wird jede Person auf ihre PNR-Daten zugreifen und eine Berichtigung beantragen können. Die maximale Speicherfrist für die Daten beträgt fünfeinhalb Jahre. "Nach einer Laufzeit von einem Jahr findet eine Evaluierung des Abkommens statt", erklärte Ferber.